



PRO ASYL Presseerklärung | Press Release

4. Januar 1988

1988 Ein schwarzes Jahr für Flüchtlinge?

„Ein schwarzes Jahr für Flüchtlinge dürfte 1988 werden, wenn die Falschmeldung des Bundesinnenministers Glauben findet, 90 % der Flüchtlinge kämen aus rein wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik.“ Diese Auffassung vertritt Herbert Leuninger, Sprecher der Flüchtlingsorganisation „Pro Asyl“.

Zimmermann gehe offensichtlich von der sogenannten Anerkennungsquote für Asylbewerber aus, die in den letzten Jahren aus für die Öffentlichkeit schwer durchschaubaren Gründen erheblich gesenkt worden sei. So würden z. B. seit Januar 1987 alle diejenigen nicht mehr als Flüchtling anerkannt, die auf ihrer Flucht in die Bundesrepublik einen Staat durchquerten, der nach Auskünften des Auswärtigen Amtes keine derartigen Flüchtlinge an den Herkunftsstaat ausliefert. Damit würden Afghanen, die über Iran, Pakistan oder Indien flüchten, in der Bundesrepublik nicht mehr als asylberechtigt anerkannt, obwohl sie zweifelsfrei Flüchtlinge seien. Ähnlich ergehe es Eritreern aus Äthiopien, die über Jemen oder den Sudan flüchten. Wie drastisch und auf künstliche Weise die Anerkennungszahlen bei Flüchtlingen in den letzten Jahren gesenkt worden seien, werde – so Leuninger – bei den Eritreern deutlich, die seit 26 Jahren um ihre Unabhängigkeit kämpften.

Wurden 1984 noch 87 % der eritreischen Flüchtlinge als asylberechtigt anerkannt, sank die Quote 1985 auf 71 und 1986 sogar auf 12 %. 1987 dürfte sie nur noch 4,5 % ausmachen.